



Fraktion im
Deutschen Bundestag

Landesgruppe
Baden-Württemberg

Fürs Ländle in Berlin!

4. September 2020



Jetzt. Zukunft: CDU/CSU setzt Schwerpunkte



Deutschland ist den Herausforderungen durch die Corona-Pandemie kraftvoll, mit Augenmaß, Entschlossenheit und Tatkraft entgegengetreten. Wir alle – sowohl der Staat als auch seine Bürgerinnen und Bürger – haben in den vergangenen Monaten Außergewöhnliches geleistet. Unsere Bürgerinnen und Bürger beweisen Eigenverantwortung. Das zeigt sich beim Einhalten der Abstandsregeln, beim Tragen von Masken, bei der Hilfe für Mitmenschen. Unsere Schulen öffnen wieder und setzen innovative und kreative Lösungen um, damit unsere Kinder auch unter Pandemiebedingungen unterrichtet werden. Ein entschlossen handelnder Staat und engagierte Bürgerinnen und Bürger sind die beste Voraussetzung, damit Deutschland gestärkt aus der Krise hervorgehen kann. Jetzt haben wir die Chance, die Weichen für unser Land neu zu stellen. Jetzt sind wir in der Pflicht, Deutschland fit und wettbewerbsfähig für das 21. Jahrhundert zu machen. Jetzt müssen wir die Grundlagen legen, um Wohlstand und Sicherheit langfristig zu erhalten.

Die Zukunft gestalten wir in allen Politikfeldern – jetzt!

Im Rahmen der Herbstklausur brachte die Unionsfraktion u.a. folgende Punkte auf den Weg:

HAUSHALT

Wir wollen bezogen auf den Bundeshaushalt neben der bisherigen Investitionsquote künftig auch eine **Zukunftsquote** ausweisen. So betonen wir den starken Zukunftsbezug des Bundeshaushaltes. Außerdem stellen wir sicher, dass der Bund statt nach Kassenlage von nun an kontinuierlich in Bildung und Forschung, neue Technologien, die Digitalisierung aller Lebensbereiche, moderne Infrastruktur und Landwirtschaft, Umwelt- und Klimaschutz sowie Entwicklungshilfe nachhaltig investiert. Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende **Andreas Jung MdB** sprach mit Blick auf die schuldenfinanzierten Hilfspakete zur Bewältigung der Corona-Krise von einer Ausnahme. „Schuldenmachen ist kein Selbstzweck“, betonte er. Ab 2022 solle die Schuldenbremse des Grundgesetzes wieder eingehalten werden.

INNOVATIVER STAAT

Wir arbeiten mit an der Umsetzung neuer Ideen aus „**Neustaat**“, damit unser Staat moderner wird und Innovationen gelingen. Mit „Neustaat“ haben fast 30 Abgeordnete unserer Fraktion zusammen mit Verwaltungsexpertinnen und -experten im Sommer über 100 innovative Ideen für ein leistungsfähiges, modernes Staatswesen vorgelegt. Die Umsetzung ist klassischer Weise Aufgabe von Bundes- und Landesverwaltungen, wir wollen dies aber unterstützen.

DIGITALE SCHULE

Die Länder sollen bis zum Frühjahr 2021 jede Lehrkraft mit einem dienstlichen Endgerät (Tablets bzw. Laptops) ausstatten. Wir fordern die Bundes- und Landesregierungen auf, entsprechend schnell die Voraussetzungen dafür zu schaffen. Wir fördern **innovative Bildungsideen** und unterstützen als Bund mit dem Digitalpakt Schule, der Bildungsplattform und den Bildungskompetenzzentren die Länder dabei, die Voraussetzungen für eine neue Lernkultur an unseren Schulen zu schaffen.

FAMILIENFÖRDERUNG

Der Rechtsanspruch auf eine Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder ab 2025 muss zwischen der Bundes- und den Landesregierungen bis Ende dieses Jahres vereinbart werden. Wir unterstützen Familien mit der **Erhöhung des Kindergeldes** um 15 Euro und die Erhöhung des Kinderfreibetrages zum 1. Januar 2021. Dieses Gesetz werden wir zügig beraten.

GESUNDHEITSVERSORGUNG

Wir wollen die **Medizinstudienplätze mittelfristig um 5.000 aufstocken**. Dabei sollte die Aufstockung der unmittelbaren Patientenversorgung in Deutschland insbesondere auf dem Land zugutekommen und die Landarztquote erhöht werden.

STRAFRECHTSREFORM

Wir wollen mit Expertinnen und Experten analysieren, ob die Mindest- und Höchststrafen noch heutigen Wertvorstellungen entsprechen und wie Bewährungsstrafen effektiver ihr Ziel einer **Strafe mit Warnschuss** erreichen. Für das Bundeskriminalamt soll es mehr Personal und für den Verfassungsschutz mehr Kompetenzen geben. Fraktionsvize **Thorsten Frei MdB** vertrat dabei die Auffassung, dass der Verfassungsschutz nicht nur SMS, sondern im Zweifelsfall auch Messenger-Dienste überwachen können müsse.

UMWELT- & KLIMASCHUTZ

Wir wollen die Menge an **Plastikmüll reduzieren** und den verbleibenden Plastikmüll besser recyceln, indem wir auf wissenschaftlicher Grundlage prüfen, welche weiteren Produkte aus Kunststoff verzichtbar sind, weil ökologisch günstigere und bezahlbare Alternativen existieren. Wir werden eine Resilienzstrategie entwickeln, um die Verwundbarkeit gegenüber Folgen des Klimawandels zu minimieren. Dazu gehören Anpassungen in den Bereichen Städtebau, Gesundheitswesen und Landwirtschaft.

INTERNATIONALE VERANTWORTUNG

Deutschland muss bestehende Allianzen stärken und neue Partnerschaften vor allem mit denjenigen Ländern erschließen, die **unsere Werte** und unser Interesse an effizienten und fairen multilateralen Spielregeln teilen.

Vorschlag zur Wahlrechtsreform liegt vor



Die Argumente für verschiedene Ideen zur Wahlrechtsreform waren in den vergangenen Jahren immer wieder ausgetauscht worden. Im Koalitionsausschuss am 25. August konnte nun eine Einigung zwischen Union und SPD erzielt werden. Diese muss nun nach der Sommerpause schnellstmöglich auch mit den demokratischen Oppositionsparteien im Parlament diskutiert und dann verabschiedet werden. Der Kompromiss ist ein Schritt in die richtige Richtung. Er besteht aus zwei aufeinander aufbauenden Reformen:

Wahlrechtsreform zur Bundestagswahl 2021

- Die Anzahl der Wahlkreise bleibt zur Bundestagswahl 2021 unverändert bei 299. Dies ist auch wegen der bereits durchgeführten Nominierungsveranstaltungen ein sinnvoller Weg.
- Die Verrechnung von Überhang- mit Listenmandaten der gleichen Partei wird teilweise ermöglicht. Dabei bleibt eine föderal ausgewogene Verteilung der Bundestagsmandate gewährleistet.
- Bei Überschreiten der Regelgröße von 598 Mandaten bleiben bis zu 3 Überhangsmandate unausgeglichen. Darüber hinaus erfolgt ein Vollaussgleich.

2. Wahlrechtsreform zur Bundestagswahl 2025

- Alle Maßnahmen aus der ersten Reform bleiben bestehen.
- Die Zahl der Wahlkreise wird auf 280 reduziert. Die Absenkung wird im Zuge der anstehenden Wahlrechtsnovelle noch in dieser Wahlperiode gesetzlich festgeschrieben.

Uns ist bewusst, dass die Veränderung der Parteienlandschaft und das resultierende Wachstum des Bundestages nur eine der anstehenden Herausforderungen ist. Deshalb setzen wir noch in dieser Legislaturperiode eine Reformkommission ein, um verschiedene Themen umfassender zu beleuchten:

- Wahlalter 16 auch bei Bundestagswahlen
- Dauer der Legislaturperiode
- Gleichberechtigte Repräsentanz von Frauen und Männern auf den Listen der Kandidatinnen und Kandidaten sowie im Bundestag
- Vorschläge zur Modernisierung der Parlamentsarbeit

Die Reformkommission setzt sich aus Abgeordneten, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern sowie weiteren Mitgliedern zusammen und soll ihre Ergebnisse spätestens bis zum 30.06.2023 vorlegen. Um die Einsetzung der Kommission vorzubereiten, wird die Koalition zeitnah das Gespräch mit allen im Bundestag vertretenen Fraktionen suchen. Denn gerade bei elementaren Grundrechten wie dem Wahlrecht ist es besonders wichtig, eine größtmögliche Akzeptanz zu erreichen.

Ziel: „Wasserstoffrepublik Deutschland“



Gemeinsam mit dem Innovationsbeauftragten der Bundesregierung für grünen Wasserstoff, **Dr. Stefan Kaufmann MdB** (Wahlkreis Stuttgart I), war der Bundestagsabgeordnete des Wahlkreises Böblingen, **Marc Biadacz MdB**, zu Besuch im Mercedes-Benz Werk in Sindelfingen. Wasserstoff ist eine Antriebstechnologie und ein Energieträger der Zukunft. Die Bundesregierung möchte Deutschland daher zur „Wasserstoffrepublik“ machen und investiert 9 Milliarden Euro zur Förderung der Wasserstofftechnologie. „Meine Rolle ist die Umsetzung der Wasserstoffstrategie der Bundesregierung. Ich sehe mich als Brückenbauer und Katalysator für innovative Ideen. Dabei will ich Dreh- und Angelpunkt für Wissenschaft, Wirtschaft und Politik sein. Ich möchte den Transfer von der Forschung in die Praxis stärken, damit aus guten Ideen erfolgreiche Innovationen werden. Mit Wasserstoff hat Deutschland eine Perspektive, neue Arbeitsplätze zu schaffen und Exportprodukte zu bauen – Brennstoffzellen, Wasserstoff-Tankstellen, Elektrolyse-Systeme, eben alles, was man braucht, um eine zukunftsfähige Energieversorgung zu gestalten“, berichtet Dr. Stefan Kaufmann.

Im Mercedes-Benz Werk in Sindelfingen arbeitet die Daimler AG an der Entwicklung von Brennstoffzellen mit Wasserstofftechnik, um den Schwerlastverkehr klimaneutral zu machen. „Gerade für den stark von der Automobilindustrie geprägten Landkreis Böblingen ist Wasserstoff als Zukunftstechnologie von großer Bedeutung. Daher finde ich es wichtig, technologieoffen und kreativ zu diskutieren, wie wir die Transformation der Automobilindustrie so gestalten, dass Innovationen rund um die Mobilität auch künftig das Label „Made im Landkreis Böblingen“ tragen und die Arbeitsplätze erhalten bleiben oder neue entstehen“, so Marc Biadacz zum Abschluss des Besuchs.

Foto v.l.: Eckart von Klaeden (External Affairs), Michael Bauer (Leiter Produktion Sindelfingen und Standortverantwortlicher), Marc Biadacz MdB, Prof. Christian Mohrdiek (CEO Mercedes-Benz Fuel Cell GmbH), Dr. Stefan Kaufmann MdB, Markus Schäfer (MBC Chief Operation Officer).

Corona: Rückkehr zu wirtschaftlichem Wachstum



Trotz der coronabedingten Einschränkungen war es **Dr. Joachim Pfeiffer MdB** (Wahlkreis Waiblingen) ein Anliegen, im Wahlkreis aber auch im ganzen Land mit Bürgerinnen und Bürgern, Unternehmen, Vereinen und Organisationen ins Gespräch zu kommen. Auf seiner Sommertour traf er zahlreiche Unternehmer, die von ihren Erfahrungen berichteten. Aus den Gesprächen - vom Kleinunternehmer bis zum führenden Mittelständler und von der Tourismusbranche bis zum Maschinenbau - gab es wichtige Erkenntnisse, die Pfeiffer für seine Arbeit in Berlin als wirtschaftspolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion mitnimmt. Zum einen braucht es einen Rahmen für den Strukturwandel, um Unternehmen und Arbeitnehmer eine Perspektive zu geben. Dafür sind unter anderem Anreize für Arbeitnehmer zu schaffen, um die Integration in Wirtschaftszweige mit Fachkräftemangel zu erleichtern. Statt Kurzarbeit mit Nichtstun oder gar Vorruhestand, braucht es mehr Flexibilität von allen Beteiligten. Zum anderen benötigt die exportstarke Wirtschaft politische Antworten auf die protektionistischen Bestrebungen. Auch weiterhin gilt es, die Wirtschaft und insbesondere den Mittelstand zu unterstützen. Neben zielgerichteten Hilfen müssen vor allem strukturelle Reformen nach der Sommerpause in Angriff genommen werden. Dazu zählen unter anderem der Bürokratieabbau und die Deregulierung, die vollumfängliche Beschleunigung und Digitalisierung von Planungs- und Genehmigungsverfahren sowie noch mehr Tempo beim Ausbau der digitalen Infrastruktur. So kehrt Deutschland wieder auf einen Pfad von Wachstum und Wohlstand zurück. Mehr zur Sommertour lesen Sie hier: <https://www.joachim-pfeiffer.info/aktuell/jopfs-sommertour-einmal-quer-durchs-laendle>.

Flexibilitätsinstrumente sind wichtig für die deutsche Wirtschaft



Die Geschehnisse rund um den Corona-Hotspot beim fleischverarbeitenden Unternehmen Tönnies haben zurecht zu vielen gesellschaftlichen und politischen Diskussionen geführt, da dort schonungslos Defizite bei der Arbeitsorganisation offengelegt wurden. Deshalb hat die Bundesregierung folgerichtig den Entwurf für ein Arbeitsschutzkontrollgesetz für die fleischverarbeitende Industrie vorgestellt. Doch wie sieht es andernorts in der Branche aus? Sind die Zustände überall unhaltbar? Auf Einladung der Schwarzwaldhof Fleisch und Wurstwaren GmbH in Blumberg machte sich **Thorsten Frei MdB** (Wahlkreis Schwarzwald-Baar) vor Ort ein eigenes Bild im Austausch mit der Geschäftsführung. Am Ende des Dialogs von Politik und Praxis waren drei Dinge klar. Erstens: Vom Fall Tönnies auf die gesamte Branche zu schließen, ist völlig verfehlt. Man darf nicht alle Unternehmen unter Generalverdacht stellen. Zweitens: Klar ist auch, dass Zustände wie bei Tönnies - das betrifft die Produktion, aber auch den Umgang mit Mitarbeitern - generell nicht haltbar sind. Drittens: Instrumente wie Werkverträge und Leiharbeit haben sich in unserer sozialen Marktwirtschaft als Flexibilitätsinstrumente bewährt. Es braucht sie auch in Zukunft, um die Stärke der deutschen Wirtschaft zu erhalten. Deshalb lehnt Thorsten Frei ein Totalverbot, auch wenn dies nur eine Branche beträfe, ab. In diesem Zusammenhang betonte der Abgeordnete, dass die Unionsfraktion im parlamentarischen Verfahren genau darauf achten werde, dass es passende Lösungen gibt, die zielgenau für Besserung sorgen, ohne in die Unternehmensfreiheit der Marktteilnehmer einzugreifen und den Unternehmen die Luft zum Atmen zu nehmen.

Härten von Corona abfedern



Von **Peter Weiß MdB** (Wahlkreis Emmendingen-Lahr)

„Im Sommer erreichte die Zahl der Bezieher von Kurzarbeitergeld ein historisches Hoch. Das zeigt, dass es ein ausgezeichnetes präventives Arbeitsmarktinstrument ist, mit dem wir es geschafft haben, uns den negativen wirtschaftlichen Auswirkungen der Corona-Krise wirkungsvoll entgegenzustellen und Millionen Arbeitsplätze zu sichern. Dass die Arbeitslosigkeit in Deutschland im August trotz der Corona-Krise erneut unter 3 Millionen geblieben ist, ist im Vergleich zu den Befürchtungen und etlichen Prognosen eine kleine Sensation. Es ist ganz offensichtlich, dass die deutschen Betriebe weiter eher die Kurzarbeit nutzen und auf einen Aufschwung vertrauen, bei dem sie wieder auf ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter angewiesen sind.“

Die besonderen Regelungen für den Bezug von Kurzarbeitergeld hat der Koalitionsausschuss am 25. August 2020 verlängert. So können die wirtschaftlichen und vor allem sozialen Härten der Corona-Krise auch bis ins Jahr 2021 weiter abgefedert werden. Es darf aber nicht nur darum gehen, die Krise zu überstehen, sondern sich auch für die Zukunft fit zu machen. Daher wurde auf Drängen der Union beschlossen, dass es ab dem 1. Juli 2021 eine 100-prozentige Übernahme der Sozialversicherungsbeiträge durch die Bundesagentur für Arbeit nur geben wird, wenn gleichzeitig die Betriebe ihren Beschäftigten eine qualifizierte Fort- und Weiterbildung anbieten. So kann die Zeit der Kurzarbeit sinnvoll genutzt werden.“

Ärztliche Versorgung: Land unter auf dem Land?



Von **Nina Warken MdB** (Odenwald-Tauber)

Im vergangenen Jahr hat eine von einer Krankenkasse in Auftrag gegebene Umfrage aufgezeigt, dass sowohl für die Bürgerinnen und Bürger in der Stadt als auch auf dem Land die Verfügbarkeit von Hausärzten noch vor attraktiven Einkaufsmöglichkeiten und dem Ausbau des Internets höchste Priorität hat. Die Bevölkerung wird älter und der Bedarf an medizinischen Leistungen steigt, allerdings werden laut Bundesärztekammer in den nächsten Jahren

circa 20 Prozent der Ärzte in den Ruhestand gehen – dies wird den Ärztemangel auf dem Land weiter forcieren.

Ein Schwerpunkt meiner diesjährigen Sommertour im Bundestagswahlkreis Odenwald-Tauber war daher das Thema „Gesundheitsversorgung“: Mit Landräten, Bürgermeistern, Kommunalpolitikern, Ärzten und Pflegekräften, Mitgliedern der Geschäftsführung von Krankenhäusern, Apothekern, Mitarbeitern von Gesundheitsämtern, Sozialstationen und Krankentransporten habe ich intensive Gespräche über die Zukunft des ländlichen Raums geführt. Gerade während der Corona-Krise ist noch einmal sehr deutlich geworden, wie entscheidend ein engmaschiges Netz im Bereich der Gesundheitsversorgung ist. Wir müssen dafür Sorge tragen, dass der ländliche Raum auch zukünftig attraktiv bleibt. Eine wohnortnahe, gute medizinische Versorgung und dezentrale Strukturen sind hier von besonderer Bedeutung. Aktuell hat sich der Vorstand unserer Fraktion dafür ausgesprochen, die Medizinstudiengplätze mittelfristig um 5.000 aufzustocken, um die Landarztquote zu erhöhen. Über 4 Milliarden Euro werden ferner für die Modernisierung von Krankenhäusern bereitgestellt. Nicht der Erhalt, sondern der Ausbau der ärztlichen Versorgung sollte das Ziel sein, für das ich mich, insbesondere den ländlichen Raum im Blick, mit ganzer Kraft auch zukünftig einsetze.

Neuer Anlauf für Digitalsteuer nötig



Von **Nikolas Löbel MdB** (Wahlkreis Mannheim)

Die internationale Debatte über eine Digitalsteuer hatte, trotz zahlreicher Initiativen in den letzten Jahren, bisher keinen nennenswerten Erfolg. Weder die Vorschläge der Europäischen Kommission, noch die Verhandlungen auf der Ebene der G20 oder innerhalb der OECD, haben zu einer aussichtsreichen Entwicklung geführt. Das zeigt nicht zuletzt der jüngste Rückzug der USA aus den OECD-Verhandlungen. Bereits vor COVID-19 bestand ein gravierender Wettbewerbsunterschied zwischen den großen Digitalunternehmen und dem stationären, oftmals mittelständisch geprägten Einzelhandel in unserem Land. Aktuell kämpfen Städte und Gemeinden, gemeinsam mit dem Einzelhandel vor Ort, um den Erhalt der Vielfalt und Urbanität in unseren Zentren, die durch Corona so intensiv bedroht wird.

Denn die Corona-Krise hat diesen Wettbewerbsunterschied verschärft und staatlichen Maßnahmen im Zuge der Pandemie haben zu einer klaren Wettbewerbsverzerrung geführt. Während der lokale und regionale Einzelhandel unter immensen Einschränkungen und einem eingetrübten Konsumklima litt und immer noch zu leiden hat, gehören die großen Digitalunternehmen klar zu den Gewinnern der COVID-19 Krise. Kein Unternehmer, der vor Ort Arbeitsplätze schafft und Löhne zahlt, kein Bürger, der mit seinen Steuern unser Gemeinwohl trägt, hat für die Steuervermeidung digitaler Konzerne und die ungleiche Steuerlast noch Verständnis.

Wir sollten diese Konzerne endlich fair besteuern – Wer einen weltweiten Jahresumsatz von 750 Millionen Euro erwirtschaftet und dabei mindestens 50 Millionen Euro digitalen Umsatz erzielt, sollte von der Steuer erfasst werden. Alleine Deutschland könnte, mit dem in diesem Modell veranschlagten Steuersatz von 3% auf Umsätze durch digitale Werbung, den Verkauf von Userdaten oder der Einrichtung und Bereitstellung von digitalen Marktplätzen,

ca. 600 Millionen Euro durch diese Digitalsteuer einnehmen. Die EU als solches könnte sogar bis zu 5 Milliarden Euro einnehmen. Ähnliche Modelle werden bereits in Italien, Österreich oder Frankreich verfolgt. Italien und Frankreich erheben dabei eine Steuer in Höhe von 3%, Österreich sogar in Höhe von 5%.

Reden & Videos

Plenarsitzungen, Beiträge und Reden der baden-württembergischen CDU-Abgeordneten sind jederzeit abrufbar unter bundes-tag.de/mediathek.

Weitere Informationen finden Sie unter



Pressemeldungen

Aktuelle Pressemeldungen der CDU-Landesgruppe finden Sie auf der [Website der CDU-Landesgruppe](#).

Kontakt

Platz der Republik
Paul-Löbe-Haus
11011 Berlin

Tel. 030 / 227 - 70269
Fax 030 / 227 - 76251

[E-Mail](#)
[Website](#)

Fotos: Fotolia/travelwitness (Reichstag), CDU/CSU | Phil Dera (Klausurtagung), Tobias Koch (Nina Warken), Nils Beckmann (Kuppel).

Impressum:

*CDU-Landesgruppe Baden-Württemberg
Platz der Republik 1
11011 Berlin*

[Newsletter abonnieren](#)